

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Raul Zelik:
Die Wahlen in Spanien



Hinrich Kuhls: Kein Ja
und kein Nein zum Brexit



Wolfgang Lemb:
Neubegründung Europas

Udo Achten: 8-Stunden-Tag
– »Was uns fehlt, ist Zeit«

Forum
Gewerkschaften

Michael Brie:
Für eine linke Regierung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Wie Deutschland zum Einwanderungsland wurde



Mitte der 1950er Jahre boomte in Westdeutschland die Wirtschaft. In Industrie, Bauwirtschaft und Bergbau zeichnete sich Arbeitskräftemangel ab. Der Arbeitskräftbedarf konnte aus der bundesrepublikanischen Bevölkerung nicht mehr gedeckt werden. Es wurden »Gastarbeiter« angeworben. ...

Hegemonie in der Berliner Republik



Mit einer coolen Grundsatzrede auf dem CDU-Parteitag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Delegierten hinter sich geschart. Wenige Tage zuvor musste SPD-Chef Sigmar Gabriel in Berlin ein miserables Wahlergebnis hinnehmen. Zugleich meldete die Partei ihren Führungsanspruch für die nächste Legislatur an. Kann die Linke davon etwas lernen? ...

Zerfällt Europa?



Die Zahl der Schutzsuchenden in Richtung Europa ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen. Wie das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR bekanntgab, wagten im November etwa 140.000 Flüchtlinge die Überfahrt ...

Transatlantische Rechte

Ingar Solty: Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA	2
Bernhard Sander: Alles zurück auf Anfang? Nach den Regionalwahlen in Frankreich	8
Meinhardt Creydt: Wie denkt eigentlich Alexander Gauland?	13
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Rechtsdrift in Europa, Alternative für Deutschland und linke Auswege	18

Elektorale Umbrüche

Raul Zelik: Institutionalisierung von PODEMOS? Spanien nach den Wahlen vom 20. Dezember	26
Hinrich Kuhls: Kein Ja und kein Nein zum Brexit Die britischen Konservativen und das EU-Referendum	30
Johannes Schulten: Zurück in die 1990er Jahre. Nach zwölf Jahren Kirchnerismus wählt Argentinien wieder die neoliberale Rechte	37
Uli Cremer/Wilhelm Achelpöhler: Syrien? It's the Bündnisraison, Stupid!	41

Das scheinbar Unwahrscheinliche

Michael Brie: Für eine linke Regierung in Deutschland	47
---	----

Forum Gewerkschaften

Wolfgang Lemb: Business as usual? Der Fünf-Präsidenten-Bericht und die Pläne zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte	52
Otto König/Richard Detje: Geschäftsmodell Werkvertrag. Merkel zieht Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen zurück	56
Udo Achten: Denn was uns fehlt, ist Zeit Zur Geschichte des Achtstundentags	60
Benedikt Hopmann: Streikrecht – aktuelle Fragen am Beispiel eines Arbeitskamps von 1975 (zu Braeg, Erwitte)	65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	59
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Dämonen und Wunder (Filmkritik)	69

Supplement

Joachim Bischoff/Norbert Hackbusch/
Björn Radke/Norbert Weber

Finanz-Zombie: Drama HSH Nordbank

Für eine linke Regierung in Deutschland

von | Michael Brie



Die Parteivorsitzenden vor dem Reichstag in Berlin, 1.9.2014 (Foto: dpa)

Ja, ich weiß, die Forderung nach einer linken Regierung in Deutschland klingt absurd. Die SPD ist seit 2005 getreue Mehrheitsbeschafferin der CDU und hat selbst 2002 mit ihrer Agenda 2010 die neoliberale Wende der Politik in Deutschland vollendet. Von Sigmar Gabriels ursprünglicher Strategie, die Mitte der Gesellschaft für ein linkes Projekt zu gewinnen, ist nichts geblieben. Nicht Umgestaltung, sondern Stabilität und Sicherheit stehen im Zentrum seiner Politik – und dies auf immer unsichereren neoliberalen Grundlagen. Die Führung der Grünen sieht schwarz als Zukunftsfarbe und die AfD ist in den Umfragen auf 10% gestiegen. Und doch oder gerade deshalb bin ich der festen Überzeugung: Jetzt ist die Zeit gekommen, den Kampf für eine linke Regierung in Deutschland auf die Tagesordnung zu setzen. Dies ist die richtige Antwort auf eine rechte Gefahr.

Natürlich ist es schön für DIE LINKE, nun bereits über viele Jahre das linke Gewissen im Bundestag zu sein und dabei stabil sehr deutlich über 5% zu liegen. Aber von den fast 12% des

Jahres 2009 ist man entfernt, von weiterem Wachstum ganz zu schweigen. Nur in wenigen Bereichen konnte die LINKE aus der Opposition heraus oder in Landesregierungen die herrschende Politik verändern. Sie wirkte und wirkt als linkes Korrektiv einer neoliberalen Politik. Das ist nicht wenig. Aber die deutliche Verschiebung nach rechts und den Aufstieg der Merkel-Republik zum Zuchtmeister neoliberaler Politik in Europa konnte sie nicht verhindern. Vom strategischen Ziel der Einleitung eines klaren Bruchs mit dieser neoliberalen Politik ist sie genauso weit entfernt wie vor Jahr und Tag. Kurzum: Die LINKE ist eine *Wahlalternative*. Das ist ihre große und andauernde Leistung. Aber sie ist bisher keine *machtpolitische Alternative* geworden.

Michael Brie ist Referent für »Theorie und Geschichte des Sozialismus« am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dessen Direktor er bis 2013 war. Er gibt im VSA: Verlag die Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts heraus, dessen Band 3 (»Lasst uns über Alternativen reden«) soeben erschienen ist.

Die Partei DIE LINKE und die gesellschaftliche Linke Deutschlands stecken in der Falle. Und umso stärker die rechte Rechte wird, umso mehr schließt sich die Falle. Ein Weiter-So von CDU/CSU/SPD/Grünen/FDP erscheint vor dem Hintergrund der neuen Rechten als das kleinere Übel. Wohin ein solches »kleineres Übel« führt, ist in Frankreich, Schweden oder Finnland zu beobachten – die rechte Rechte wird noch stärker. Zugleich ist offensichtlich: Auch ein noch besseres inhaltliches Angebot von links, weitere politische Kampagnen und Initiativen für sich genommen werden nicht aus der Sackgasse herausführen, so wichtig sie auch sind. Mit Recht wird gefragt, was davon – über Einzelnes wie den Mindestlohn hinaus – durchgesetzt werden kann. Eine solche Situation kann die Linke demotivieren und demobilisieren. Doch kann man wirklich ernsthaft annehmen, dass alles einfach so weiter geht? Die Europäische Union befindet sich in ihrer tiefsten Krise, der Kapitalismus selbst in einer seit 80 Jahren ungekannten Vielfachkrise – und die Linke soll nichts anbieten können als mit gutem Gewissen recht zu haben und einzelne Projekte anzuschieben, während die Bedrohungen zunehmen? Was, wenn die Krise zur unmittelbaren Handlungskrise der Herrschenden wird, wenn ein Weiter-So unmöglich ist. Die Griechen bezeichneten eine solche Situation als Kairos. Es ist ein Augenblick, der genutzt werden kann oder dessen Möglichkeitsfenster sich auch wieder schließt. Die Griechen haben Kairos als Gott verehrt und mit üppigem Schopf auf der Stirn und kahlem Hinterkopf dargestellt. Man kann ihn nur packen, wenn er gerade auf einen zukommt; ist er vorbeigehuscht, kann man ihn nicht mehr halten. Aber ist die Linke vorbereitet, Kairos im richtigen Augenblick zu fassen?

Klaus Ernst hat in einem Artikel für die *Frankfurter Rundschau* (Ernst 2015) einen zentralen Punkt getroffen: DIE LINKE muss im Regierungsviertel runter von der Zuschauertribüne, will sie dieser offenen Situation des Kairos gerecht werden. Er verweist auf Günter Netzer: Ohne seinen Trainer zu fragen, wechselte dieser sich im Pokalfinale des Deutschen Fußballbunds von 1973 selbst ein und schoss für Borussia Mönchengladbach das entscheidende Tor. Wie aber soll sich DIE LINKE selbst einwechseln in den Kampf um Alternativen?

Um dies zu klären, sei zunächst gefragt: Stimmt die Diagnose von Klaus Ernst, dass es »unsere Niederlagen« seien, »die in diesen Rechtsruck gemündet haben«? Ist die These richtig, dass sich die demokratische Linke an einer »Abwehrlinie« neu erfinden muss? Und vor allem: Ist das strategische Ziel mit dem Kampf um eine »Mitte-Links-Regierung« richtig bestimmt?

In allen drei genannten Fragen möchte ich widersprechen: Erstens war es die neoliberale Politik der Allparteienkoalition von CDU/CSU bis hin zu den Grünen, der gesamten Eliten der EU in Kommission und EZB, der vereinigten Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, die das permanente Erstarken der Rechten ermöglicht hat und sie nun in einigen Staaten an den Rand der Mehrheitsfähigkeit bringt. Bisher hat es noch gar keine Chance gegeben, diese Politik von links zu verhindern.

Zweitens können wir uns nicht von der Abwehrlinie aus neu erfinden. Wir dürfen uns nicht vors eigene Tor stellen, sondern sollten den Angriff ins gegnerische Feld tragen – das machte Günter Netzer ja gerade, um noch einmal die Metapher des deutschen Volkszuschauersports zu bemühen.

Drittens und vor allem: Es geht nicht um eine *Mitte-Links-Regierung*. Von denen gab es in der EU schon viel zu viele – in Frankreich und Italien, in Deutschland und Großbritannien, um nur die Schwergewichte zu nennen (zu den Entwicklungen im Parteiensystem der EU und den Strategien linker Parteien siehe Hildebrandt 2015). *Mitte-Links* hat die umfassende Durchsetzung des Neoliberalismus mit modifizierten Mitteln erst ermöglicht. Es ist Zeit, den Kampf um wirklich *linke* Regierungen aufzunehmen. Es wären Regierungen, die die Abkehr vom Neoliberalismus tatsächlich einleiten. Und dabei geht es nicht darum, dass DIE LINKE numerisch stärkste Partei wird, sondern dass gemeinsam mit anderen ernsthaft und dauerhaft dezidiert linke Politik in Deutschland und für Europa gemacht wird. Dass dazu die eigene Stärke der LINKEN gebraucht wird und dass sich in der Gesellschaft etwas nach links bewegen muss, ist selbstverständlich. Die Frage ist die nach dem Wie.

Damit ich nicht missverstanden werde: Ein linkes Gegenprojekt kann nicht einfach von oben und aus parlamentarischen Parteien heraus verordnet werden. Aber nur von »unten« und aus der »Gesellschaft« heraus geht es auch nicht. Wie die Erfahrungen in Griechenland oder Spanien, aber auch in vielen anderen Ländern vorher zeigten: »Die radikale Transformation von Machtverhältnissen zugunsten der Subalternen kann nicht funktionieren, indem man sich zuerst in der Zivilgesellschaft engagiert und dann, als letzten Schritt, wenn die Ideen und Ziele der Linken Hegemonie erlangt haben, die staatliche Macht erringt.« (Milios/Triandafilidou, zitiert in Candeias/Völpel 2014: 190). Die Mobilisierung aus der Gesellschaft heraus braucht eine Regierungsperspektive und diese braucht den Veränderungswillen in der Gesellschaft. Erst aus beidem heraus entsteht eine Dynamik, die wirksame Gegen-Hegemonie und Gegenmacht möglich macht. Eine »plurale gesellschaftliche Transformationslinke« (ebd.: 211) braucht den lebendigen Zusammenhang von Bewegung in der Gesellschaft *und* einem Regierungsprojekt (zu den damit verbundenen Widersprüchen im spanischen Kontext siehe Zelik 2015: 116ff.).

Mir scheint, dass die Linken in Deutschland noch zu mut- und phantasielos sind und deshalb auch nicht für sich begeistern können. Sind wir denn nicht in einer tiefen Krise, die nun auch zur Krise des Machtblocks werden kann (nicht muss) – seiner Legitimation und seiner Handlungsfähigkeit? Sind die Bürgerinnen und Bürger nicht auf der Suche nach überzeugenden Alternativen – rechts wie links, auf jeden Fall voller Zweifel an der herrschenden Politik?

250.000 Bürgerinnen und Bürger haben am 10. Oktober 2015 gegen TTIP demonstriert – es war die größte Demonstration seit der gegen den Irak-Krieg und gegen Hartz IV vor mehr als einem Jahrzehnt. Die Bewegungen für eine Energiepolitik ohne Kohle, für Energiegenossenschaften und für die Rekommunalisierung von Wasser, Energie und auch im Bereich des Wohnungsbaus oder einer Verkehrswende sind sehr aktiv. Neue Streikbewegungen setzen die Frage von Bildung und Sorge auf neue Weise auf die Tagesordnung (siehe Fried/Dück 2015). Hunderttausende engagieren sich seit Monaten für die Flüchtlingshilfe vor Ort. Ohne sie wäre eine humanitäre Katastrophe ausgebrochen. Es gibt viele Potenziale in der Gesellschaft für eine andere Politik. Was fehlt, ist ihre wirkungsmächtige Verbindung. Und diese



W.I. Lenin (M.) bei einer Parteikonferenz im Kremlin, 1920 (Foto: dpa)

ist nicht möglich ohne Hoffnung auf ein Regierungsprojekt, das seinerseits auf gesellschaftliche Bewegungen angewiesen ist. Deshalb wird die rechte Rechte in vielen Ländern so stark und organisiert ihrerseits Gegen-Hegemonie.

Krisen sind Situationen, in denen alles in Bewegung kommen kann – wenn die richtigen Impulse gegeben werden. Der hell-sichtige konservative Historiker Jacob Burckhardt schrieb über eine solche historische Krise: »Der Weltprozess gerät plötzlich in furchtbare Schnelligkeit; Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.« (Burckhardt 1983: 158) Krisen sind Momente, in denen selbst aus der Position der Schwäche heraus wirksames eingreifendes Handeln möglich wird, Mehrheitsverhältnisse deutlich verändert werden können. Die Tendenzen der Vergangenheit sagen dann nichts mehr über die Zukunft aus. Dies zumindest, die Fähigkeit zum Eingreifen in offene Situationen und die Veränderung von Kräfteverhältnissen durch eigenes offensives Handeln, kann man bei W.I. Lenin lernen.

Als Lenin am 16. April 1917 aus dem Zug stieg und vor dem Finnländischen Bahnhof gegen alle früheren Vorstellungen der II. Internationale in Russland den Kampf um den Sozialismus auf die Tagesordnung setzte und »Alle Macht den Sowjets!« forderte, schien dies völlig unsinnig – sachlich wie von den Kräfteverhältnissen her. Selbst seine eigenen Genossen konnten ihren Ohren nicht trauen und verweigerten zunächst ihre Unterstützung. Für den führenden Marxisten Russlands, Georgi W. Plechanow, waren dies nichts als Träume eines Irren.

Lenin aber hatte die Zeit der politischen Ohnmacht nach dem August 1914 genutzt. Er hatte sich monatelang in den Bibliotheken von Bern Hegels Dialektik zugewandt und an die Stelle der ehernen Gesetze der Geschichte, die die Zweite Internationale immer gepriesen hatte und auf ihrer Seite gewusst haben wollte, Widerspruch und Praxis als Zentralkategorien entdeckt. Nun hatte er eine Methodologie für das Moment der politischen Offensive, für Dialektik als Mittel, gegen den Sturm ansetzen zu können (Walter Benjamin).

Lenin hatte die gesamte Imperialismusforschung, die Diskussionen zur nationalen Frage und zur Agrarfrage durchgesehen, auf 800 Seiten politökonomische Mitschriften angefertigt, um die Bruchstellen im scheinbar übermächtigen Block zu finden – die schwächsten Kettenglieder, die Ansätze neuer Bündnisse. Seine marxistisch-unmarxistische Schlussfolgerung: »Wer eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.«. (Lenin 1971: 363f.)

Lenin hatte zudem die eigenen Projekte der in Bewegung geratenen Massen studiert, schon 1905, hatte in den Sowjets neue Kampfformen und Formen der Selbstermächtigung entdeckt, mit denen sehr unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sich offensiv in Verbindung setzen können. Nicht die straff geführte Massenpartei, sondern die Sowjets rückten so an die erste Stelle der Organisation. Die Kaderpartei war ihm das wichtigste Instrument dazu.


Und vor allem und ganz entscheidend: Lenin kam mit einer eigenen Erzählung nach Russland. Er vermochte klar zu machen, wie durch eine machtpolitische Offensive die dringendsten Fragen – Land, Frieden, nationale Selbstbestimmung, umfassende Demokratie und Arbeiterrechte – beantwortet werden können. Man muss die Antworten, die Lenin gab, sehr kritisch sehen. Seine Politik an der Macht widersprach in Vielem seiner Politik auf dem Weg zur Macht. Aber von seinem Suchprozess kann man lernen, ohne ihn übernehmen zu können.

Krisen sind Momente voller Paradoxa und Möglichkeiten. Eines der Paradoxa könnte sein, in dieser Zeit kühn einen Richtungswechsel der Politik zu fordern und als machtpolitische Bedingung dafür die Bildung einer linken Regierung in Deutschland auf die Tagesordnung zu setzen. Es geht bei der Frage der Arbeit an einem Regierungsprojekt deshalb auch weniger um Kompromisse, auf die Klaus Ernst hinweist, schon gar nicht um ein »Nachgeben« gegenüber einer neoliberal orientierten SPD-Führung, sondern es geht um die Einigung auf linke Gestaltungsoptionen, durch die mit dem Neoliberalismus gebrochen werden kann.

Überzeugende Argumente dafür gibt es mehr als genug. Und schnelle Veränderungen sind möglich: Dies zeigte sich bei Syriza, Podemos, dem Bloco, bei Corbyn, bei Sanders. Es war und ist weniger das »Neue« oder das »Alte« an den Linken, sondern die Verdichtung der Kritik an der Konkurrenzgesellschaft und der Fokus auf eine Alternative. Nicht die Neuerfindung von Inhalten steht augenblicklich im Mittelpunkt, sondern ihre Verwandlung in reale Möglichkeiten. Dafür können sich viele Menschen begeistern und engagieren, alte Konflikte zur Seite legen. Europas Dynamik würde sich verändern, käme es zu einer linken Regierung in Deutschland.


Bei der Ausrichtung auf eine linke Regierung sollte die Latte nicht unter der von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn gelegten Höhe liegen. So begründet Sanders seine Vision eines demokratischen Sozialismus mit den Worten: »Was für mich im Wort Sozialismus steckt, ist der Umstand, dass – wenn wir es mit Veränderung ernst meinen, und viele Menschen wollen Veränderung – es letztlich klar ist: Reale Veränderung findet nur statt, wenn wir den Mut haben, es mit den mächtigsten Interessen jener aufzunehmen, die unser Land kontrollieren.« (Sanders 2015) Und Corbyn sieht Wiederverstaatlichung zentraler Energieunternehmen und ein großes Investitionsprogramm vor, das mit Staatsanleihen und erhöhten Vermögenssteuern sowie einem konsequenten Kampf gegen die Steuervermeidung finanziert werden soll. Es geht um die Überwindung der Vorkherrschaft eines oligarchischen Komplexes, der die zentralen Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion kontrolliert (Dellheim 2014).

Informativ, knapp und klar:



Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Otto Köhler und Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Rainer Butenschön und Peter Turrini.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

Inhalt einer linken Regierungspolitik müsste vor allem der sozialökologische Umbau sein. Er stünde auf zwei Säulen. Die eine Säule wäre ein großes, strategisch angelegtes Programm des qualitativen wie quantitativen Ausbaus jener Bereiche, die für die soziale und kulturelle Integration, Bildung, Gesundheit und Sorge verantwortlich sind – oft auch als Care-Revolution bezeichnet (Winker 2015). Und die zweite Säule wäre der grundlegende ökologische Umbau von Verkehr, Stadt und Wohnungsbau, Energieerzeugung, kommunikativer Infrastruktur und Landwirtschaft. Dies sollte Teil eines europäischen Programms sein, das aus dem Konkurrenz Europa ein Europa gemeinsamer solidarischer Entwicklung macht.

Ende der Austeritätspolitik und Umverteilung müssten den Ausgangspunkt bilden, um einzusteigen in die langfristige Umgestaltung. Dadurch könnten auch die vielen Projekte im Bereich des Sozialen, Kulturellen, von Bildung und Sorge, von Energieumstieg und für Stadtumbau und nachhaltigen Verkehr neue Kraft gewinnen und miteinander verbunden werden. Es gibt viele Ansätze im Hier und Heute (siehe Klein 2013). Ansätze einer solidarischen Gemeinwirtschaft könnten sich ausweiten, einschließlich gemeinwohlorientierter Banken. Der Übergang zu einem Programm des sozialen und ökologischen Umbaus wäre zugleich der Ausgangspunkt für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik, die auf Solidarität und gemeinsame Entwicklung setzt. Dem erstarkten völkischen Nationalismus kann so solidarische Kooperation entgegengestellt werden.

Die neoliberale Politik hat einen Staat geschaffen, der sie erst ermöglicht hat – den sogenannten schlanken Wettbewerbsstaat. Dies macht es aber auch so schwer, neoliberale Politik zu überwinden. Es geht um nicht weniger als um einen erneuten Staatsumbau und Ausbau des Öffentlichen (Brangsch 2015). Die Polarisierung von Luxus des Privaten und Verarmung des Öffentlichen muss dem Luxus des Öffentlichen (David Harvey) weichen, aus sozialen, ökologischen und demokratischen Gründen. Die Flüchtlingsfrage hat deutlich gemacht, wie sehr ein Staatswesen gebraucht wird, das zu schnellem Handeln und sozialer und kultureller Integration in der Lage ist.

In den vergangenen zwölf Monaten hat es bei Zinspapieren einen Kapitalabfluss aus der EU von 500 Mrd. Euro (!) gegeben (FAZ vom 2.12.2015: 22), dies ist mehr als das Dreifache des Haushalts der EU. Es ist dieses Geld, das die Vermögenden einer sozialen und ökologischen Zukunft der Union entziehen, weil sich die öffentliche Hand kaputt spart und keine Anreize für Investitionen geschaffen werden, aber auch, weil schlicht viel zu viel Geld in privater Hand angehäuft ist.

Auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2015 hat Sigmar Gabriel bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden eine herbe Niederlage einstecken müssen und zugleich die Unterstützung für TTIP bekommen – wenn auch abgeschwächt. Die SPD weiß, dass sie auf dem jetzigen Kurs niemals wieder eine Partei wird, die den Kanzler, die Kanzlerin stellt, aber sie hält stur am Kurs von Schröder fest. Und die Grünen haben aus ihrem schwachen Abschneiden bei der Bundestagswahl 2013 den völlig falschen Schluss gezogen, dass es ihre Pläne einer gemäßigten Umverteilung gewesen wären, die daran Schuld waren. Dabei sahen die Wählerinnen und Wähler gar keine Chance für wirklich grüne Politik an der Seite der SPD. Aus dieser Situation erwächst

die gegenwärtige strukturelle Dominanz der CDU im Parteiensystem. Doch sie steht auf unsicheren Füßen.

Die relative Stabilität der Wahlumfragen wie der Wahlergebnisse kann auch in Deutschland bald Geschichte sein. Der Aufstieg und Fall der Piratenpartei wie jetzt die Mobilisierung durch die AfD verdeutlichen die latente Instabilität (zur aktuellen Entwicklung der AfD siehe Bischoff/Müller 2015). Die Spannungen in der herrschenden Elite – der politischen, der wirtschaftlichen und kulturellen – nehmen zu. CDU/CSU, SPD und auch Grüne stehen unter hohem Druck. Ein Weiter-So wird immer unwahrscheinlicher. In der Gesellschaft finden Polarisierungen statt, die die Bundesrepublik seit vielen Jahrzehnten nicht gekannt hat.

Wäre es vor diesem Hintergrund nicht richtig, zu einer *Doppelstrategie* der Partei DIE LINKE überzugehen? Einerseits Fortsetzung der jetzigen Politik der Kritik, des Protests, der Organisation von unten und auch der Arbeit in Landesregierungen; andererseits die selbstbewusste Arbeit an einem alternativen Regierungsprogramm. Der römische Senator Cato der Ältere ist noch heute für einen Ausspruch bekannt, den er über viele Jahre jeder seiner Reden hinzufügte: »Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss!« Sollten nicht die Politikerinnen und Politiker der LINKEN im Bundestag nach jeder Rede sagen: Und im Übrigen sind wir der Meinung, dass Deutschland eine linke Regierung braucht!

Die Versuche, SPD und Grüne gegenwärtig für eine linke Regierung zu gewinnen, sind gescheitert. Also bleibt nichts anderes, als die gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern, unter denen sie Politik machen. Sigmar Gabriel hat in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Berlin DIE LINKE abqualifiziert, weil sie »den Menschen unrealistische Versprechungen macht und deshalb Angst vor dem Regieren« habe. Das sollten wir ihm nicht durchgehen lassen. Beides sollte widerlegt werden, auch durch ein überzeugendes linkes Regierungsprogramm.

Wie kann aus der strukturellen Stagnation der Linken ausgebrochen werden? Wie kann ein Parteiensystem aufgebrochen werden, das neoliberale Politik auf Dauer zu stellen scheint? Es bedarf einer neuen Dynamik. Die Wahlalternative DIE LINKE sollte den Anspruch erheben, Regierungsalternative zu werden, um die Bewegungen aus der Gesellschaft mit der Chance auf Veränderung aus der Regierung heraus zu verbinden. Für eine andere Politik zu werben, ohne deutlich zu machen, wie sie auch durchgesetzt werden kann, reicht auf Dauer nicht, gefährdet sogar das Erreichte. Dem neoliberalen und sicherheitspolitischen Angstdiskurs müssen wir einen solidarischen *Hoffnungsdiskurs* entgegenstellen. Dann könnte es auch gelingen, jene, die aus vielen Gründen nicht zur Wahl gehen (siehe Kahrs 2012; Brandt et al. 2015), dazu zu bewegen, ihre Haltung zu ändern. Wir könnten ihnen dafür einen guten, einen linken Grund geben und sie nicht dem Rechtspopulismus überlassen.

Realismus bedeutet heute, einerseits die herrschende Politik überzeugend zu kritisieren und andererseits die Konturen eines linken Regierungsprojekts mit sozialen, ökologischen, gewerkschaftlichen Kräften zu entwickeln, überzeugend darzustellen und zu untersetzen – beginnend bei einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Sicherheitspolitik (siehe dazu u.a. die Diskussion im Juni-Heft 2015 dieser Zeitschrift). Dies scheint sinnlos für eine Partei, die nur 10% der Zustimmung

von Wählerinnen und Wählern hat, und wäre es auch, würde man annehmen, dass alles so weitergeht. Aber wenn dies immer unwahrscheinlicher wird, wenn sehr schnelle erdrutschartige Veränderungen eintreten können, dann muss das scheinbar Unwahrscheinliche, ein Richtungswechsel, eingeleitet durch eine linke Regierung, schon jetzt als Ziel auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es könnte zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Zugleich gibt ein solches Ziel der Kritik am Status quo erst die Überzeugungskraft. Eine Doppelstrategie zielt darauf ab, für weitere Krisen und jähe Veränderungen vorbereitet zu sein und fähig zu werden, in solchen Momenten glaubwürdig und entschieden einzugreifen. Wenn die Linke in solchen politischen Krisen nicht handlungsfähig ist, werden es andere, werden es rechte Kräfte sein. Politik im Status quo und Politik für den Moment der schnellen Veränderung eben dieses Status quo gehören zusammen. Damit wir Kairos beim Schopfe packen und nicht seiner Glatze nachblicken.

Literatur

- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2015): Die AfD und die völkische »Seinsordnung«, in: *SozialismusAktuell*, abrufbar unter: www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/die-afd-und-die-voelkische-seinsordnung/ (letzter Zugriff: 12.10.2015)
- Brandt, Peter/Brie, André/Brie, Michael/Wolf, Frieder Otto (2015): Von unten sieht man besser: Für einen linken Neubeginn, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (7), 81-88
- Brangsch, Lutz (2015): Staat und Transformation. Vortrag auf der IV. Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse in Kooperation mit dem BISS e.V. – Jenseits der Imitation – An den Durchstellen kritischer Transformationsforschung - Strategische Fragen in Zeiten blockierter Transformation
- Burckhardt, Jacob (1983): *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Stuttgart: Magnus
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union, in: *Brie, Michael* (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 332-367
- Ernst, Klaus (2015): Runter von der Zuschauertribüne!, in: *fr-online.de*, abrufbar unter: www.fr-online.de/gastbeitraege/analyse-runter-von-der-zuschauertribuene-,29976308,32653602.html (letzter Zugriff: 2.12.2015)
- Fried, Barbara/Dück, Julia (2015): Caring for Strategy. Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln, in: *Luxemburg*, (1), 84-93
- Hildebrandt, Cornelia (2015): Linksparteien in Europa als Subjekte der Transformation. In: *Brie, Michael*: *Lasst uns über Alternativen reden*, Hamburg, S. 190-218
- Kahrs, Horst (2012): *Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg
- Lenin, Vladimir I. (1971): *Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung*, in: *Werke*, Bd. 22, Berlin: Dietz Berlin, 326-368
- Sanders, Bernie (2015). *Bernie Sanders Answers Students Questions At Georgetown University Nov.19th 2015*, Washington, abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=27D-bYkLGZU&list=PLR3FbKIoHoiA8TzF8xMrSjtWpMJCFs1Ng&index=6 (letzter Zugriff: 26.11.2015)
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld: transcript
- Zelik, Raul (2015). *Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*, Berlin: Bertz und Fischer

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

